

Die Sanitätswarte

Organ zur Vertretung der Interessen des gesamten Personals in Kranken- und Irren-Anstalten, Sanatorien, Heil-, Pflege- u. Bade-Anstalten, Massage- u. Wasserheil-Instituten, Kliniken, Seebädern usw. Beilage zur „Gewerkschaft“, Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57, Winterfeldstr. 24. — Fernsprecher: Amt VI, 6488.
Redakteur: Emil Dittmer.

Berlin,
den 27. Oktober 1911.

Erscheint alle 14 Tage, Freitags.
Bezugspreis inkl. „Die Gewerkschaft“ vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2.— M.
Postzeitungs-Brief Nr. 8164.

Inhalt:

Von der Dresdener Hygiene-Ausstellung (III.). — Monograph der Vereinsorganisation der Krankenpflegerinnen Deutschlands. — Aus unserer Bewegung. — Rundschau. — Verbandsteil.

Von der Dresdener Hygiene-Ausstellung.

III. Lebensbedingungen und Bedürfnisse des Menschen.

Wenn wir hier auch nur in Umrissen das wichtigste herausgreifen können, verbleibt doch viel Bemerkenswertes aus der anderen (rechten) Hälfte der populären Halle.

Gleich beim Eintritt rechts ist die Abteilung „Verufshygiene“. Sie zeigt zu mindest einen kleinen Teil der tausendfältigen Gefahren, denen der moderne Industriearbeiter ausgesetzt ist. Ob durch Einatmung von Staub, Gift, schädlichen Gasen oder durch Einflüsse von Hitze, Kälte, Röntgenstrahlen, Chemikalien usw. (welch letzteres unsere Kollegen besonders nahe geht), überall kann man an naturgetreuen Präparaten die unheilvolle Wirkung solcher Verletzungen durch Berufstätigkeit wahrnehmen. Auch die Tabellen und Abbildungen an den Wänden sprechen eine beredte Sprache. Die Sterblichkeitsziffer ist noch immer horrend hoch bei den meisten manuellen Gewerben. Eine Anzahl von Schutzmitteln, Berufskleidern und Wohlfahrtseinrichtungen sind gleichfalls dargestellt. Leider fehlt die allgemeine Anwendung in der Praxis bei ersteren fast durchgängig, während die Wohlfahrtseinrichtungen für den Arbeiter oft recht problematischen Wert besitzen.

Der sich anschließende Raum weist die Volkskrankheiten in ihrer erschreckenden Mannigfaltigkeit auf. Durch zahlreiche Mikroskope kann man Ladestum und Kulturen von Bakterien beobachten. In diesem Räume sind auch die Wüsten der größten Verze aller Zeiten aufgestellt. Weniger freundlich sind die einzelnen Kojen anzusehen, worin die Wirkung der hauptsächlichsten Infektionskrankheiten an Modellen, Präparaten und Photographien zu beobachten ist. Man muß schon ein gut Teil Nervenfestigkeit besitzen, um die gräßlichen Verunstaltungen durch Schwindstucht, Pest, Cholera oder gar Lepra näher beaugenscheinigen zu können. Von den Kinderkrankheiten wirkt besonders die vielfach unterschätzte Rhachitis in ihrer knochen- und muskelfrümmenden Wirkung geradezu grotesk. Die Tuberkulose weist einen besonderen Raum auf. Diese Geißel der Menschheit würde längst im Schwinden sein, wenn die Vorbedingungen: ausreichende Nahrung und hygienische Wohnung für alle Menschen geschaffen werden könnten. So aber wird ihr auch weiterhin ein erheblicher Prozentsatz der Menschen zum frühen Opfer fallen.

Wohl sind die Epidemien, dank unserer besseren Hygiene gegenüber früheren Zeiten, seltener geworden. Aber Cholera und Pest pochen doch noch fortgesetzt an die Tore europäischer Kultur. Die Choleraepidemien mit ihrem riesigen Sterben, ebenso die Pest ist auf besonderen Landarten

durch verschiedene Jahrhunderte zu verfolgen. Dabei kann man besonders bei der Pest unwillkürlich den Gedanken kaum unterdrücken, daß der neueste Stand zu Beforgnissen über weitere Verbreitung in Europa alle Veranlassung gibt.

Die Nerven- und Geisteskrankheiten weisen einige Bilder aus modernen Irrenanstalten auf. Verglichen mit den Karrentürmen oder auch nur mit den Zwangsmahregeln einer eben erst entschwindenden Zeit ist allerdings heute der Aufenthalt der Patienten unvergleichlich angenehmer. Bieweil die Verminderung früherer Folterwerkzeuge, wie Zwangsjade, ständige Einzelzelle usw., dem Personal in der Beobachtung, Beaufsichtigung usw. erhöhte Schwierigkeiten macht oder doch höhere Anforderungen an den einzelnen stellt, kann in diesem Zusammenhange hier leider nicht erörtert werden.

Die „Genußmittel“ sind in besonderer Abteilung behandelt. Ob Kaffee, Tee, Opium oder Alkohol, sie alle schädigen bei regelmäßigem oder gar übermäßigem Quantum den menschlichen Organismus aufs schwerste. Aber während sich ein Massenkonsum von Tee oder Kaffee sozusagen von selbst verbietet und zu den Ausnahmeerscheinungen zählt, ist der Heberkonsum an Alkohol heute nahezu die Regel. Die Tabellen und Beispiele der Ausstellung sind auf diesem Gebiete eher zu zaghaft, und doch ist auch aus ihnen ein unsagbares Elend herauszulesen, das der Teufel Alkohol im Gefolge hat. Die Anfälligkeit der Trinker (für Krankheiten) zu Nichttrinkern verhält sich wie 5 zu 2, was an Bildern recht anschaulich demonstriert wird. Die Kinder von Alkoholikern weisen eine wesentlich erhöhte Sterblichkeits- und Degenerationsziffer auf. Dabei werden für „geistige“ Getränke noch immer mehrere Milliarden Mark pro Jahr verpulvert. Wir möchten hier einschalten, daß die Sondergruppe „Alkoholismus“ das gleiche Thema noch ausgiebiger behandelt, ja wir möchten sie als die beste Veranstaltung der ganzen Ausstellung bezeichnen: schade, daß den sozialen Ursachen nachzuspüren ängstlich vermieden ist. Wir können auf dieses reichhaltige und lehrreiche Material nur hinweisen über Herstellung und Verbrauch des Alkohols, Alkoholgesetzgebung, Stellung von Erziehung, Medizin zum Alkohol, Erkrankungs-, Sterbe-, Kriminalstatistik usw. Es ist zu hoffen, daß das Ganze in populärer Darstellung weiter hinausgetragen wird in die breitesten Schichten der Bevölkerung.

Dem nun folgenden Kapitel Kleidung und Wohnung sind eine ganze Reihe von Kojen gewidmet. Vehrreich sind die Verunstaltungen, entstanden durch die liebe Eitelkeit, namentlich des weiblichen Teils der Menschen. Ob die Indonesierinnen ihre Nässe künstlich verlängern, ihren Kindern die Schädel abplatteln, die Chinesinnen ihre Füße verkrüppeln oder die europäischen Frauen und Mädchen sich durch Korsett und Stöckelschuh den Körper verunstalten, ist gleich, eine Gefährdung und Schädigung des Körpers ist die Folge. Aber auch die „Herren der Schwöpfung“ treiben so

manchen Unfug mit engen Stehtragen, der schier das Blut absperrt, einschneidenden Gürteln und dergl. Interessant ist die Feststellung, daß die ersten Spuren menschlicher Bekleidung bereits 20 000 Jahre alt sind. Sie wurde ursprünglich nicht aus Schamhaftigkeit, sondern vielmehr um Schutz gegen Kälte, Wärme, Insekten usw. zu finden, angelegt. Das läßt uns hoffen, daß wir in den jetzigen Zeiten der Freibadbewegung usw. auch allmählich wieder zu naturgemäßerer und einfacherer Bekleidung kommen, die nicht mehr unter dem Jeyter der Mode steht. Aber wer getraut sich's zu erleben?

Welch eine Entwicklung von den Höhlenwohnungen, Palisadenhütten, Pfahlbauten bis zur modernen Großstadtkaserne! Und doch haben unsere Altvordere nicht gar so viel unhygienischer gewohnt als gegenwärtig die breite Masse der Bevölkerung. Vor allem war früher der Wohnaufenthalt fast ausschließlich auf die Nacht eingeschränkt, während uns heute Räume umfassen an die 20 Stunden im Tage. Trotz aller bewunderungswürdigen Fortschritte in bezug auf Licht, Luft, Heizung, Wasserversorgung, Staubbefreiung usw. laßt hier eine große Lücke, weil die Verallgemeinerung fehlt und die modernen Errungenschaften einer kleinen Schicht Wohlhabender vorbehalten sind.

Um abzuschließen, sei nur noch die Abteilung „Ernährung“ herausgegriffen. Ein ganzer Nahrungsmittelmarkt in Modellen usw. tut sich vor uns auf. Nährwert und Gehalt an Nährstoffen der einzelnen Nahrungsmittel ist genau angegeben, und das Ganze krönt die sensationelle Aufmachung über den jährlichen Verbrauch (Bedarf) eines erwachsenen Mannes: 600 Kilogramm Wasser (12 Ballons), 175 Kilogramm Kartoffeln, 250 Kilogramm Getreide, 20 Kilogramm Zucker, 30 Kilogramm Hülsenfrüchte (br!), 100 Kilogramm Gemüse und frisches Obst (wenn er's haben kann!), 250 Liter Milch, 25 Kilogramm Fett, 50 Kilogramm Fleisch, 7,5 Kilogramm Kochsalz. Anschaulich sind auch die Tagesmengen und die Ausnützung der Nährstoffe dargestellt. Die Nahrungsmittelfälschung in ausgiebigster Darstellung lassen einen angst und bange werden über das, was man so täglich genießt.

Wir sind damit am Ende unserer „populären“ Wanderung und werden in einer Schlußbetrachtung noch einiges über besondere Sachdinge unserer Berufsgruppen zu sagen haben.

Kongress der Berufsorganisation der Krankenpflegerinnen Deutschlands.

Im Vortragsaal der Hygienemuseum in Dresden fand am 6. und 7. Oktober ein Kongress der Berufsorganisation der Krankenpflegerinnen Deutschlands statt. Der Kongress wurde von Schwester Agnes Marll, der Vorsitzenden der Berufsorganisation, eröffnet. Sie wies in ihrer Begrüßungsrede darauf hin, daß als Hauptaufgabe der Organisation Material sammeln sei, welches den Behörden und der Öffentlichkeit die Verhältnisse der Schwestern zeigen solle. Die Berufsorganisation habe gute Fortschritte gemacht, besonders in Sachsen. Ziffern wurden leider nicht angeführt. Der Kongress war von etwa 200 Personen besucht. Vorwiegend waren es Schwestern in den verschiedenen Abteilungen. Wieviel davon Delegierte waren, wurde nicht erwähnt. Die meisten Anwesenden waren sicherlich Zuhörer.

Schwester Charlotte von Caemeter sprach über „Die Schwester in Gegenwart und Zukunft“. In Preußen gibt es allein 171 Institute, wo Schwestern ausgebildet werden. Doch die Ausbildung läßt viel zu wünschen übrig. Sie ist viel zu kurz, dafür aber die Arbeitszeit um so länger. Man sieht in der Lehrschwestern eigentlich nur eine willige Arbeitskraft, der man ein Taschengeld von 12 bis 15 Mk. gibt. Ein weiterer Nachteil ist der, daß die Unterrichtsstunden nur abends erteilt werden. Da sind die Ärzte und die Lehrschwestern vom täglichen Dienst ermüdet. Und so hängt es meist von der Geduldlichkeit und leichten Auffassungsgabe der Schülerin ab, wenn sie überhaupt etwas lernt. Es müßten weibliche Lehrkräfte mit zum Unterricht herangezogen, und dieser viel systematischer in allen Fächern erteilt werden. Schon heute

fehlt es an wirklich gut ausgebildeten Operationsschwestern. Der Stellennachweis der Berufsorganisation ist nicht in der Lage, solche zu vermitteln, weil keine da sind. Dann führt die Referentin bittere Mäße darüber, daß die Schwestern im Krankenhaus der Kontrolle des Portiers unterworfen wären, daß sie ohne Erlaubnischein die Anstalt nicht verlassen dürften und bestraft würden, wenn sie den Urlaub überschritten hätten.

Die Verkürzung der Arbeitszeit ist die dringendste Forderung. Sie führte dann ziffernmäßig an, daß die Arbeitszeit meist täglich zwischen 11 bis 18 Stunden beträgt. Am längsten sei sie in den Heil- und Pflegeanstalten. Ebenso in den Privatkliniken.

Fräulein Charlotte Meichel referierte dann über „Selbsthilfe und Sozialpolitik“. Durch das Wirken der Berufsorganisation seien die Gehaltsfrage wesentlich in die Höhe gegangen. Sie wären aber trotzdem noch zu niedrig. So gebe das „Rote Kreuz“ an, daß seine Schwestern 300 000 Mk. im Jahre bezögen. Diese Angaben wären aber entschieden zu hoch. Mednerin kritisiert das Verhalten der verschiedenen Mutterhäuser und führt einen Fall an, wo bei einer Privatpflege die Schwester vom Mutterhause nur 5 Mk. bekommen habe, der Patient aber habe an das Mutterhaus 150 Mk. zahlen müssen. Da sei es nicht verwunderlich, wenn die Einnahmen der Mutterhäuser jährlich 57 000 Mk. betrügen. Die Mednerin führt eine Reihe Gehaltsfälle an, die wir bereits in Nr. 20, Sp. 216, der „Sanitätswarte“ veröffentlichten. Wegen schlechter Bezahlung hat die Berufsorganisation viele Stellen unbesetzt gelassen. In verschiedenen Schwesterheimen herrschen fälschliche Verpflegungsverhältnisse. Mednerin kritisiert dann, daß die Schwestern meist ohne jeden Kontrakt, ohne jede Erkundigung nach den Verhältnissen Stellen annehmen. Vor allem sollte sich die gemäßigtere Frauenbewegung mehr der Schwestern annehmen. „Denn wir von der fortschrittlichen Frauenbewegung sind schon zu anrüchig geworden.“ Auch die Ärzte sollten helfen, denn sie können sehr viel zur Besserung der Verhältnisse tun. Auch die Staatshilfe müsse in Anspruch genommen werden. Freilich, bei der rückwärtigen Sozialpolitik dürfe man nicht alle Hoffnung auf die Staatshilfe setzen. Die Berufsorganisation fordere die Einbeziehung der Schwestern in die Privatbeamtenversicherung und ein Verbot, dahingehend ungeprüft Personal in öffentlichen Anstalten zu beschäftigen. Erleichterungen wären nam die Schwestern nach der Reichsversicherungsordnung wenigstens der Krankenfürsorge unterstellt. Das sei auch dringend notwendig gewesen, denn die Erkrankungslisten seien hoch. Von 2500 Schwestern wären allein 400 durch Infektion erkrankt. Ferner kritisiert Mednerin, daß bei Urlaub den Schwestern keine Monopoletschädigung gezahlt würde, was doch heute schon jedem Dienstmädchen zuträfe. Sie wünscht, daß eine staatliche Enquete über die Verhältnisse des Schwesterstandes veranstaltet werde.

In der zweiten Versammlung sprach Agnes Marll Berlin über: „Vergleich zwischen der Organisation der Krankenpflegerinnen in Deutschland und im Auslande.“ Das Bestehen eines internationalen Bundes mit regelmäßigen, zuerst fünf, jetzt dreijährigen Kongressen, die bisher in Berlin, Paris, London stattfanden und deren nächster im August 1912 in Köln tagen wird, bedeute einen mächtigen Antrieb für die nationale Entwicklung der Krankenpflege.

Die auf dem Kongress vorgebrachten Mägen und Wünsche decken sich größtenteils mit unseren Forderungen. Nur ist zu beachten, daß Unfreiheit, schließliche Behandlung, mangelhafte Kost usw. für das sogenannte „untere“ Personal noch hinzukommen. R. P.

Aus unserer Bewegung.

Berlin. Das in sämtlichen Pflegeanstalten beschäftigte Betriebspersonal (Handwerker, Arbeiter, Maschinenpersonal) war am 7. Oktober zahlreich versammelt, um zu der Forderung: Erlass einer Arbeitsordnung Stellung zu nehmen. Die Vertrauensleute hatten auftragsgemäß den Entwurf einer solchen vorgelegt. In den in Frage kommenden Betrieben besteht bis auf eine Ausnahme, die Zentrale in Puch -- keine Arbeitsordnung für das Betriebspersonal. Für das Pflegepersonal der Anstalten ist eine solche vorhanden. Dem Betriebspersonal der Anstalten wurde im Virchow- und Urban-Krankenhaus ein neuer Dienstvertrag zur Unterschrift vorgelegt. Die nachfolgend aufgeführten Schönheiten veranlassen das Personal, dagegen Front zu machen. Es heißt in denselben u. a.: „Als wichtige Gründe für die sofortige Entlassung sind zu betrachten: . . . Trunkenheit im Dienst oder außerhalb desselben, Annahme von Gel-

den, Weisheiten, Tadeln sowie allgemeine wichtige Umstände, welche die sofortige Aufhebung des Vertragsverhältnisses im Interesse des Dienstes erforderlich machen." Diese Bestimmungen öffnen, so unklar, wie sie im letzten Teil gehalten, der Willkür Tor und Tür. In einer Bestimmung wird auch den Wandwerkern gegenüber versucht, das ihnen als Stranfenassenmitglieder zühende Recht der freien Arztwahl zu entziehen. Wir können es aber dem Personal nachfühlen, daß es aus eigener Kenntnis der Dinge heraus des öfteren nicht die Neigung hat, dem einen oder dem anderen dieser Herren Ärzte das notwendige Vertrauen entgegenzubringen. — Wir wollen aus der Arbeitsordnung der Zentrale nur noch einen Satz zitieren, um damit wohl den Beweis zu erbringen, daß eine andere vernünftiger und sozialere Regelung des Arbeitsverhältnisses dringend notwendig ist. Es heißt dort: „Er hat diesem im Dienst unbedingten Gehorsam zu leisten, ihnen (den Vorgesetzten) wie auch den Kranken des Betriebes (d. h. allen) die gebührende Achtung zu erweisen.“ Durch Strammziehen, Hände an die Hosennähte zu legen. Dieser Satz fehlt bloß noch, um das Exzerptreglement vollständig wiederzugeben. Die versammelten Kollegen erklärten sich mit der von den Vertrauensleuten vorbereiteten Arbeitsordnung einverstanden. Sie soll den in Frage kommenden Verwaltungskörperschaften durch die Arbeiterausschüsse bzw. die Ortsverwaltung unterbreitet werden. Der Entwurf verlangt, daß die zu erfüllenden Pflichten wie auch die zühenden Rechte den Beschäftigten zur Kenntnis gebracht werden. Daneben wird als Neuierung der Arbeitsverhältnisse beantragt, daß die Arbeitszeit, die Entlohnung, Bezahlung der Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit, die Bestimmungen für die Auflösung des Arbeitsverhältnisses endlich einmal generell geregelt werden. Die hierin bestehenden Ungleichheiten nicht bloß unter den einzelnen Anstalten, sondern auch für die Beschäftigten der einzelnen Anstalten selbst müssen endlich beseitigt werden. Zuletzt wird noch gefordert, daß entsprechend eines am 30. März d. J. gefassten Stadtverordnetenbeschlusses über alle Abänderungen und Neuordnungen der Arbeitsverhältnisse vorher mit dem Arbeiterausschuß, beim Fehlen eines solchen mit den Beschäftigten selbst verhandelt werde.

Berlin. (Richard-Wrankenhaus.) Am 6. Oktober fand in den „Pharusälen“ eine Versammlung statt, in der die Kollegen Art Wiffel über: „Der Weg zur Hebung der wirtschaftlichen Lage des Anstaltspersonals“ referierte. In der folgenden Diskussion wurde besonders auf die letzten Verhandlungen der Deputation hingewiesen. Aus Anlaß der Entlassung des Kollegen Waude wurde in der Deputation verlangt, daß das den Beschäftigten gesetzlich zühende Recht, sich der gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen, dem Anstaltspersonal nicht durch Heilmittel, Kadelimpfungen und noch weniger durch die Oberwachregeln der Protokollmachung entzogen werden dürfe. Die Verwaltungsdeputation hat darauf als ihre maßgebende Willensmeinung seitgelegt, daß keiner der Vorgesetzten sich um die Organisationszugehörigkeit des Personals zu kümmern habe, daß auch jede Zurücksetzung des organisierten Personals unstatthaft sei. An der Kollegenschaft liegt es, dafür zu sorgen, daß baldmöglichst die Theorie in die Praxis umgesetzt werde. Den Bericht von der Arbeiterausschussprüfung erstattete der Kollege Perlt. Auch hieran schloß sich eine lebhafteste Diskussion. Ueber die Erledigung der gestellten Anträge wird später Bericht gegeben werden; eines jedoch wollen wir gleich noch festzulegen: Vor einigen Wochen wurde den Wandwerkern verboten, während der Arbeitszeit zu baden, und dieses Verbot wurde nachträglich damit begründet (?), daß das auch in anderen Anstalten nicht erlaubt sei. Daß man in einem „Mutterkrankenhaus“ nicht nur die Fürsorge für die Kranken, sondern auch die Sorge für das Wohl der Gesunden im Auge haben muß, sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein.

Berlin. (Zentrale Buch.) Die Kollegen und Kolleginnen waren am 12. Oktober bei Woll, am Bahnhof, versammelt. Kollege Schulz behandelte die hier herrschenden Verhältnisse im Arbeitsverhältnis. Gegenüber den Lohn- und Arbeitsverhältnissen anderer städtischer Betriebe, sogar der benachbarten Anstalt, sind die Verhältnisse als dringend verbesserungsbedürftig zu bezeichnen. Das technische Arbeitspersonal wird als Monatslohn im Etat aufgeführt und auch als solches angenommen, berechnet wird aber Stundenlohn. Notwendig ist es, daß dieser Zustand schnellstens beseitigt werde. Hausdiener, Aufseher, Nachtwächter und Förstler fast durchweg verbeiratete Leute — werden mit dem fürstlichen Anfangsgehalt von monatlich 95 Mk. belohnt. Selbst bei Nichtberechnung der zu leistenden Sonntagsarbeit kommt hier ein Stundenlohn von 36,5 Pf. heraus. Diskonfirmanten und Detzer erhalten ganze 5 Mk. pro Monat mehr. Dringend notwendig ist es, diesen schlecht entlohnenden Gruppen eine Aufbesserung zuteil werden zu lassen. 3 Mk. 85 Pf. durchschnittlich sollen auch die Friedhofsarbeiter bekommen. Den drei in Frage kommenden Arbeitern wird aber nur 3,75 Mk., also 10 Pf. weniger, bezahlt. Wir möchten einmal die Grund-

sätze kennen lernen, nach dem die dortige Verwaltung Durchschnittsberechnungen aufstellt. Ähnlich scheint die Berechnung auch bei dem weiblichen Personal vorgenommen zu werden. Hier hat man Abstand genommen, bestimmte Anfangslöhne und Lohnstufen aufzusetzen. Im Durchschnitt erhalten Wäsche- und Hausmädchen 27,50 bzw. 30 Mk. monatlich. In den Anstalten wird ein Anfangslohn von 30 Mk. bezahlt. Vorstehend angeführte Tatsachen wie eine Reihe anderer beruhen darauf, daß das Personal bisher nur in sehr geringer Zahl organisiert war. Dieser Grundursache schlechter Arbeitsverhältnisse muß noch mehr, als in der Versammlung geschehen, durch Eintritt in die Organisation gesteuert werden. Für die am 21. Oktober stattfindende Wahl des Arbeiterausschusses wurden noch die Mandatdaten aufgestellt.

Berlin. (Herzberge.) Am 5. Oktober fand unsere Monatsversammlung statt. Kollege Schulz referierte über: „Stellen wir zum neuen Etat Lohnanträge?“ Es soll versucht werden, für diejenigen Kategorien, die im vorigen Jahre leer ausgingen, eine Aufbesserung zu erreichen. Ebenso sollen Feuerungszulagen verlangt werden. Auch soll der Magistrat um unsere Eventualanträge vom vorigen Jahre erinnert werden. Anstandsspflicht des Magistrats wäre es wenigstens, dem Personal auf seine Anträge eine Antwort zukommen zu lassen. Kollege Giese erstattete darauf den Bericht vom Arbeiterausschuß. Bemängelt wurde, daß die Feuerwache, die im Hauptgebäude schläft, sehr oft gestört wird, um Selbststeller vom Anhaltseingang zu holen, ohne dafür eine geeignete Entschädigung zu erhalten. Ebenso wurde wieder über schlechtes Essen geklagt. Auf Haus 6 hat man vor einiger Zeit Maden in den Erbsen gefunden, und am 5. Oktober waren im Kohl kleine Würmer. Die Hausdiener und Mägdchen bekommen öfters keinen Belag. Wenn sich die betreffenden Kollegen an die Oberkochen wenden und um ihren Belag bitten, dann sagt dieselbe: „Minder, ich habe nichts; ich muß mich auch mit einer Stulle begnügen!“ Es wurde dann noch ausgeführt, daß in dem Bericht vom 1. September die Pfliegerin Fräulein Dahn irrtümlich genannt wurde; gemeint war Fräulein Derrich, was auch schon daraus herborgeht, daß von Haus 5 die Rede war. Eine Pfliegerin hat nicht 22 Stunden, sondern „nur“ 19½ Stunden Dienst getan. Im übrigen soll es auf Haus 5 keine Seltenheit sein, daß Pfliegerinnen nach dem Tagesdienst noch eine halbe Nachtwache machen müssen, also 19½ Stunden Dienst haben.

Charlottenburg. Dem Zuge der Zeit folgend, hat sich auch das Personal der Dr. Weiler'schen Heilanstalt unserer Organisation angeschlossen. Leider mußten wir bald konstatieren, daß das Koalitionsrecht in dieser Anstalt nicht geachtet wird. Mehrere Entlassungen zeigten offen die Merkmale der Maßregelung. Kollege Follenste wurde daraufhin bei dem Veißer der Anstalt, Herrn Sanitätsrat Dr. Weiler, vorstellig. Die Unterredung führte leider nicht zur Wiedereinstellung der Bekündigten, trotz der offenen Erklärung des Oberwärters, daß die Entlassung mit auf die Tätigkeit der betreffenden Kollegen als Vertrauensleute zurückzuführen sei. Herr Dr. Weiler gab jedoch die Erklärung, daß er das Koalitionsrecht anerkenne und niemand wegen seiner Zugehörigkeit und Tätigkeit für den Verband benachteiligt werden solle. Er sei bereit, über Beschwerden des Personals zu verhandeln. Bei einer zweiten Verhandlung war leider Herr Dr. Weiler, weil verreist, nicht anwesend. Die Verbandsleitung der Filiale Berlin übermittelte deshalb schriftlich die Wünsche und Beschwerden des Personals. Es wird darin Verbesserung der jetzt bestehenden, total ungenügenden Schlafgelegenheiten gefordert. Ferner wird erjudt um Einführung von Essens- und täglich zweistündlichen Erholungspausen; Einführung von Waschbecken nebst Seife; Einrichtung geeigneter Garderobenträume; Neuregelung des Abendurlaubs und Einhaltung der bestehenden Urlaubsbestimmungen. Diese Forderungen schildern zur Genüge die Verhältnisse in dieser Anstalt. Wir haben die Hoffnung, daß es möglich sein wird, durch Verhandlungen Besserung zu schaffen. Sollten wir uns täuschen, dann wird das gut organisierte Personal durch andere Maßnahmen Wandel zu schaffen wissen.

Gallung. Zu einer eindrucksvollen Kundgebung gestaltete sich unsere Versammlung vom 9. Oktober. Sämtliche dienstfreien Kollegen und Kolleginnen waren erschienen, um das Referat unseres Kollegen Dittmer-Berlin zu hören über: „Die Arbeiterbewegung als Kulturmacht.“ Der Redner gab einen interessanten geschichtlichen Abriss über Entwicklung der Arbeit und der Arbeiterklasse. Insbesondere zeichnete er in einem speziellen Kapitel die Eigentümlichkeiten und einflussreichen Mängel unseres so eminent kultur- und menschenfördernden Berufs. Wohl hat hier die äußere Entwicklung (Lauten, Behandlung der Kranken usw.) glänzende Resultate zu verzeichnen. Die Anerkennung für seinen gewiß nicht unerheblichen Anteil an den Fortschritten fehlt dem Anstaltspersonal aber noch immer. Es gilt, durch energische Selbsthilfe in der freien Gewerkschaftsorganisation das Versäumte nachzuholen. Den Ausführungen wurde durch lebhaften Beifall zugestimmt. Nach einigen martigen

Schlussworten des Vorsitzenden trat der gemütliche Teil in seine Rechte.

Leipzig. Die Mitglieder der Sektion Bademeister hatten sich im „Volkshaus“ zahlreich eingefunden, um den Bericht von der Konferenz in Berlin entgegenzunehmen, den Kollege Schuchardt gab. Die Anwesenden drückten ihre Zufriedenheit über den Verlauf der Beschlüsse aus. Eine längere Aussprache entwickelte sich bei Beleuchtung der Arbeitsverhältnisse am Orte. Besonders Mlage wurde über den Mangel an Erholungsferien in verschiedenen Bädern geführt. Bis jetzt kommt nur das „Carolabad“ in Betracht, das bis zu einer Woche Ferien unter Fortzahlung des Lohnes gewährt. Dieser Punkt soll ebenfalls bei der Inangriffnahme und Regelung eines Tarifs mit Berücksichtigung werden. Zur nächsten Versammlung wird ein Vortrag eines praktischen Arztes über „Badewesen und Naturheilbehandlung“ in Aussicht gestellt, und ersuchen wir die Mitglieder, schon jetzt dafür zu agitieren.

Mixdorf. Unsere Versammlung am 3. Oktober war, obwohl die Direktion durch Urlaubsverweigerung ihren Besuch zu schmälern suchte, stark besucht. Fräulein Wiffell sprach über: „Mittel und Wege zur Verbesserung der Lage des Krankenhauspersonals“. In der Diskussion kamen Mißstände in der Anstalt zur Sprache, die dringend der Abhilfe bedürften. Leider setzt sich die Direktion über die im Arbeiterausschuß gefassten Beschlüsse hinweg, so daß ein erzießliches Zusammenarbeiten auf die Dauer unmöglich ist. Die Versammlung faßte deshalb folgende Resolution: „Die am 3. Oktober 1911 bei H. Eichenhorn tagende Versammlung protestiert auf das entschiedenste gegen die Verweigerung des Urlaubs zu den stattfindenden Versammlungen, da die Gründe zur Verweigerung hinfällig erscheinen. Ferner betrachtet sie die von der Direktion beliebte Methode, sich über die vom Arbeiterausschuß gefassten Beschlüsse hinwegzusetzen, als eine Nichtachtung desselben, und fordert die Versammlung den Arbeiterausschuß auf, an zuständiger Stelle hierüber vorstellig zu werden.“

Schöneberg-Berlin. Das Personal des Krankenhauses hielt am 8. Oktober eine gut besuchte Versammlung ab, in welcher Kollege A. Stamer über: „Der Krebsgang in der deutschen Sozialpolitik“ referierte. — In der nachfolgenden Anstaltsbesprechung wurde das rigorese Verhalten des Direktors Morbach scharf kritisiert, der alle im Dienst Erkrankten sofort entläßt. Ferner hat er einem Pfleger, der bis dato im Operationshaus angestellt war, diese Stellung gekündigt mit dem Bemerkung, daß diese Stellung eingegangen sei. Dem Pfleger wurde anbeimgestellt, sich innerhalb weniger Tage zu äußern, ob er eine Stellung als Stationspfleger, die mit 50 Mk. pro Monat weniger bezahlt wird, annehmen wolle. Im anderen Falle wäre sonst die Kündigung zu erwarten. Es ist bezeichnend, daß der Direktor, der noch vor einigen Wochen große Angst hatte, daß das Personal irreführen wollte, jetzt zu derartigen Maßnahmen dem Personal gegenüber greift. Von allen Kollegen wurde in der Diskussion dem Direktor der gute Rat erteilt, den Vogen nicht allzu straff zu spannen, da die Kollegen nicht gewillt sind, sich noch länger den Madtgeklüsten einzuliefern. Zum Schluß wurde von den Kollegen folgende Resolution eingebracht und einstimmig angenommen: „Das heute versammelte Anstaltspersonal des Augusta Viktoria-Krankenhauses protestiert ganz energisch gegen die neuerdings häufig erfolgten Entlassungen nach Erkrankungsfällen bezw. gegen die Kündigung während der Dauer der Krankheit. Desgleichen gegen die nach langjähriger Dienstzeit erfolgte erhebliche Lohnkürzung des Kollegen A. St., und beauftragt die Ortsverwaltung, umgehend genügende Maßnahmen hiergegen einzuleiten.“

Rundschau.

Ein Streikbrecherlieferant. Von Zeit zu Zeit werden wir immer wieder durch verschiedene Vorkommnisse daran erinnert, daß der Herr Jolisch seinen Stellennachweis nach wie vor weiter betreibt. Es nimmt uns das insofern wunder, als nun schon Mlagen verschiedenster Art gegen J. geführt wurden, die ergaben, daß die Geschäftsmarimen recht wunderbare seien. Auch mancher der Stellenjuchenden wurde um sein Geld geprellt. Und mehr denn einmal mußten sogar die Mlageführenden noch die Kosten der Prozesse tragen, weil Jolisch gänzlich mittellos ist und Forderungen unfruchtbar verliert. Die gegenwärtig von J. wieder unternommene Reklame gibt aber Anlaß, anzunehmen, daß es mit den Vermögensverhältnissen vielleicht doch etwas anders liegt, weshalb es wohl Aufgabe der Landeszentralbehörden, denen die Heberwachung der Stellenvermittler übertragen ist, einmal diese Frage etwas näher nachzuprüfen. Für uns gibt jedoch nicht die Reklame im allgemeinen, sondern nur die

gegenwärtige Anlaß, wieder einmal den „Freund Jolisch“ ins rechte Licht zu rücken. In dem neuerdings versandten Zirkular heißt es unter anderem: „Da das Angebot der Arbeitsjuchenden ein sehr viel größeres ist als die Nachfrage nach Personal, so sind die Stellenjuchenden gern bereit, jede, auch nur annehmbare Stelle unter bescheidenen Ansprüchen sofort anzutreten; ferner bemerken wir noch besonders, daß es kein organisiertes Verbandspersonal ist und diese auch nicht an die Tarifbestimmungen gebunden sind. Wir nehmen nur erstklassiges Personal zur Vornotierung an und können somit jedem Arbeitgeber gerecht werden, so daß keinerlei Mlagen entstehen. Sollte es dennoch vorkommen, daß sich von uns überfandte Leute den Herren Chefs oder ihren Arbeitskollegen gegenüber ungebührlich benehmen oder sonst etwas zuschulden kommen lassen, so bitten wir um sofortige Nachricht, da dann diese Leute für immer aus der Liste gestrichen werden und vom Arbeitsnachweis dauernd ausgeschlossen sind. Von den vielen uns zur Seite stehenden Dankschreiben von beiden Seiten nehmen wir Abstand, da dieses nur den Anschein der Reklame erwecken würde.“ Hierzu sei nur betont, daß J. den Stellenjuchenden schon alles mögliche zumutet, wenn er erklärt, daß sie jede auch nur annehmbare Stelle unter bescheidenen Ansprüchen anzutreten bereit sind. Wenn der genannte Herr aber weiterhin nichtorganisiertes Personal empfiehlt und damit glaubt, die durch die Organisation auf Grund des geschlossenen Tarifvertrages erhöhten Lohnsätze illusorisch machen zu können, so wird hoffentlich das Personal hieraus selbst erkennen, welchem ihre Interessen mit J. tretenden Menschen sie in die Hände fallen würden. Die weiteren Ausführungen des Zirkulars lassen erkennen, daß Jolisch gewillt ist, auch sonst den Badeanstaltsbesitzern die weiteren Konzeptionen zu machen. Hoffentlich werden die Kollegen diesem Seelenverkäufer die richtige Antwort schon geben. Die Kollegen sind hiermit gewarnt.

Verbandsteil.

Wie den Mitgliedern bekannt ist, wurden durch Beschluß des Presdener Verbandstages unser Stellennachweis dadurch erweitert, daß neben der Zentrale, Berlin W. 57, Winterfeldstr. 24, noch örtliche Verwaltungsstellen in:

Berlin SC. 16, Engelauer 14, IV. Tel.: Amt IV, 12176;
 Danzig, Mühlberggasse 1, III;
 Dresden A., Ribbenstr. 2, III. Tel.: Amt I, 6002;
 Hamburg 1, Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof 57-61, Zimmer 34/35. Tel.: Gruppe III, 1225;
 Köln, Severinstr. 199, Zimmer 12. Tel.: 2319;
 Leipzig, Zeitstr. 32, Saalbau I. Tel.: 12269;
 Magdeburg, Gr. Münzstr. 3, II. Tel.: 4813;
 Mannheim, F 4, 8. Tel.: 1269;
 Stuttgart, Holzstr. 16, II. Tel.: 3786
 errichtet.

Um nun eine korrekte Geschäftsführung zu ermöglichen, sei auf folgendes verwiesen. Den oben angeführten Verwaltungsstellen sind folgende Vermittlungsgebiete zugewiesen:

Berlin: Berlin und Vororte.
 Danzig: Lit. und Westpreußen.
 Dresden: Schlesien und Mählarreich Sachsen ohne Kreisbau-
 mannschaft Leipzig.
 Hamburg: Danzstädte, Oldenburg ohne Birkenfeld, Schles-
 wig-Holstein.
 Köln: Rheinprovinz ohne Hohenzollern, Westfalen, Hessen,
 Nassau, Fürstentum Birkenfeld, Waldeck.
 Leipzig: Kreisbauhaukschaft Leipzig, Thüringen, Fürstent-
 ümer ohne beide Lippe und Waldeck.
 Magdeburg: Provinz Sachsen, Hannover, Anhalt, Braun-
 schweig, beide Lippe.
 Mannheim: Baden, Rheinpfalz, Großherzogtum Hessen,
 Lothringen.
 Stuttgart: Bayern, Württemberg, Hohenzollern, Elsaß.

Durch die Zentrale erfolgt die Vermittlung für Pommern, Posen, Brandenburg ohne Berlin und Vororte, beide Mecklen-
 burg, sowie alle durch die betreffenden Verwaltungsstellen nicht zu besetzenden Stellen.

Alle stellenjuchende Mitglieder haben sich unter Ausweis ihrer Mitgliedschaft zuerst bei der Zentrale, Berlin, Winterfeldstr. 24, zu melden und werden dann den einzelnen Verwaltungsstellen überwiesen. Wir ersuchen gleich-
 zeitig, die Fragelisten genau und vollständig auszufüllen, um
 Mladfragen zu vermeiden. An die Mitglieder richten wir ferner
 das Ersuchen, den Nachweis in weitgehendster Weise durch Mit-
 teilung offener Stellen zu unterstützen.

Die Sektionsleitung.